

# LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

## Brennpunkt Zossen

### Demokratie verteidigen

Unter diesem Motto fand am 26.05.2010 als Benefiz-Veranstaltung das 34. Akademie-Gespräch der Akademie der Künste in Berlin statt. Unter den mehr als 500 Teilnehmern wurden auch wir, 60 Gäste aus Zossen, vorwiegend Mitglieder der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“, begrüßt.

Akademiepräsident Klaus Staeck sprach von einem Akt der Solidarität mit den Demokraten in Zossen. Er besuchte nach der Schreckensnachricht vom Brandanschlag auf das „Haus der Demokratie“ die Stadt am Rande Berlins und lernte dort Leute kennen, „die mutig sind und sich nicht einschüchtern lassen“. „Wir unterstützen Euch, Ihr seid nicht allein“, versprach er, auch im Namen der Mitglieder seiner Akademie.

Im Podiumsgespräch berichtete Jörg Wanke, Sprecher der Zossener Bürgerinitiative, über Veranstaltungen, öffentliche Foren und Demonstrationen. Er habe dadurch viele neue Freunde gefunden. Sein Fazit: „Wenn Nazis marschieren, dann muss irgendwann Schluss sein.“ Dieser Grundgedanke Vom-Gesicht-Zeigen, vom Nichtwegsehen, vom öffentlichen Engagement durchzog die Veranstaltung. Ebenso klar und deutlich

kam zum Ausdruck, dass in mindestens gleichem Maße der Rechtsstaat mit seinen Möglichkeiten gefordert ist, dass er die Zivilgesellschaft nicht allein lassen darf.

Einige herausragende Aussagen seien genannt: Michael Sommer, Vorsitzender des DGB: „Wir brauchen auch den Rechtsstaat, nicht nur die Zivilgesellschaft. Wir müssen jede Gelegenheit nutzen, gegen rechts aufzutreten.“

Erardo Rautenberg, Brandenburgs Generalstaatsanwalt: „Strafverfolgung reicht nicht, zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind wichtig.“

Das Dilemma besteht öfter darin, dass einer angemeldeten Demo der Rechten eine unangemeldete Demo der Linken gegenübersteht.

(Hier erhob sich Murren im Saal.)

Michael Verhoeven, Filmregisseur, zeigte seinen Dokumentarfilm „Der unbekannte Soldat“ und sagte: „Die Nazis haben eine normale Partei, solange sie zugelassen ist; deshalb muss sie verboten werden.“

Er erhielt von uns allen Beifall.

Besonders emotionale Akzente setzten die über 80-jährige Schauspielerin Inge Keller, die einen Artikel des „Spiegel“ über einen der Brandstifter

Fortsetzung auf Seite 2

### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 10

### Zitiert ...

Die Sehnsucht ist es,  
die unsere Seele nährt,  
nicht die Erfüllung.

Arthur Schnitzler

**DIE LINKE.**

Fortsetzung von Seite 1

in Zossen verlas, sowie Iris Berben, die uns Ausschnitte aus dem Roman „Manja“ (ein Roman um fünf Kinder) zu Gehör brachte.

Das Programm beschloss der bekannte Kabarettist Dieter Hildebrandt mit „Notizen von heute“, einem wahren Feuerwerk an gewohnt scharfer und beißender Satire, die die Aussage aller anderen bekräftigte und die Frage stellte: Warum lassen wir das zu?

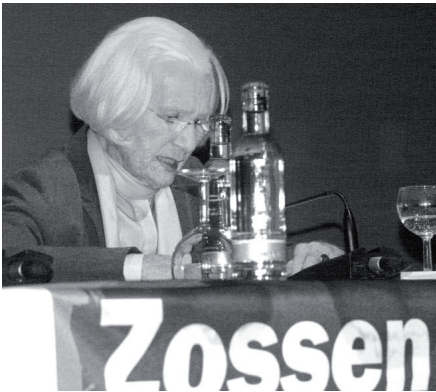


Foto: DIE LINKE. Zossen

SchauspielerIn Inge Keller

Beeindruckend war, dass sehr viele Prominente aus Politik, Kultur, Parteien und anderen Gremien anwesend waren. Dieser Abend erbrachte durch Spenden und Verkauf von Büchern, Zeichnungen, Fotografien und Grafiken fast 5.000,- €, von denen ein großer Teil für das neue Haus der Demokratie in Zossen zur Verfügung steht.

Der Kreisverband DIE LINKE. Teltow-Fläming konnte dem Trägerverein Bildung und Ausbildung Zossen e.V. der Bürgerinitiative „Zossen zeigt Gesicht“ für das neue „Haus der Demokratie“ eine Spende über 200,- Euro überreichen.

Christa Zernick, Am Mellensee



## Programmdebatte – Bildungsabend

In eineinhalb Jahren dürfen wir Mitglieder der Partei DIE LINKE darüber entscheiden, welches Programm Richtschnur unseres Handelns ist. Ohne intensive Auseinandersetzung mit dem Entwurf, den der Rostocker Bundesparteitag auf den Weg gebracht hat, wird eine Entscheidung jedes Parteimitglieds nicht möglich sein. Also nutzen die Genossen des Luckenwalder Gebietes Bildungsabende zum Kenntniserwerb und zur konstruktiven Debatte.

Die zweite Veranstaltung fand zum Thema „Der demokratische Sozialismus als politische Zielstellung“ statt. Als Sachkundigen hatten wir uns den gebürtigen Luckenwalder Dr. Bernd Ihme, gleichzeitig Mitglied der Programm-Kommission, eingeladen.

Ältere Genossen erinnern sich bestimmt, dass der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ zu DDR-Zeiten ziemlich umstritten war, was u.a. mit seiner Geschichte in der SPD zu tun hatte.

Nach 1989 haben viele Linksdenkende sich gründlich damit auseinandergesetzt, auch viele ehemalige SED-Mitglieder. Das Scheitern des ersten Versuchs, auf deutschem Boden eine für die Menschen bessere Gesellschaft aufzubauen, verlangte es von uns, wenn wir den sozialistischen Gedanken ehrlich vertraten.

Nun findet sich ein ganzer Abschnitt (III. Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert) im Programmwurf wieder.

Ziel der Debatte ist es, dass wir uns in Grundfragen einig sind. Eine davon ist die genaue Analyse der kapitalistischen Gesellschaft in ihrer Entwicklung. Der Kapitalismus ist noch lange nicht am Ende seines Lateins. Wird er nicht durch demokratische Gegenkräfte in die Schranken gewiesen, verliert er sein soziales Gesicht vollständig. Und das wirft nun Fragen für DIE LINKE auf: Welche Konsequenzen



ergeben sich daraus? Welches Ziel streben wir auf welchem Wege an?

Ziel soll eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, für die Natur, für die Solidarität unter den Menschen sein. Das ist eine völlig andere Gesellschaftsordnung.

Dieses Ziel ist nur über schrittweise Veränderungen, Reformen zu erreichen.

Gleichzeitig bedeutet Demokratischer Sozialismus auch ein neues Wertesystem mit Freiheit, Gleichheit, Solidarität als Bedingungen dafür, dass der Einzelne sich frei entwickeln kann.

Aus dem o.G. ergibt sich der enge Zusammenhang mit der Eigentumsfrage und ökologischen Fragen, die gleichzeitig auch Eigentumsfragen sind.

Im Programmwurf wird eine Vielzahl möglicher Eigentumsformen genannt – staatliche, kommunale, gesellschaftliche, private, genossenschaftliche Formen, Belegschaftseigentum –, die aber alle mit sozialistischen Prozessen verbunden sein müssen.

Allein dieser Teil des Programms bedeutet eine Riesenarbeit, heißt es doch soziale, demokratische, ökonomische und ökologische Prozesse miteinander zu verbinden und in Bewegung zu setzen.

Da die Mitglieder unserer Partei aus ganz unterschiedlichen Sozialisationen kommen, ihre Erfahrungen mit der Gesellschaft völlig verschieden sind, kann die Debatte über den Programmwurf sehr spannend sein. Das hat unsere Diskussion bereits bewiesen.

Danke an Dr. Bernd Ihme und die diskussionsfreudige Runde.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal



## Finanzpolitik in Brandenburg mit Links?



Monika Nestler, Kornelia Wehlan, Dr. Helmuth Markov und Kirsten Gurske

Foto: T. Senst

Die Brandenburger Landesminister der Partei DIE LINKE gaben sich im Juni 2010 im Kreis Teltow-Fläming die Klinke in die Hand. Den Reigen eröffnete Ralf Christoffers bei der Bildungs- und Ausbildungsmesse in Luckenwalde. Am 10. Juni stand Dr. Helmuth Markov als Finanzminister Rede und Antwort und am 15. Juni Anita Tack auf Einladung des DGB. Und alle lösten ihre Aufgabe, als hätten sie nie einen anderen Beruf ausgeübt.

Viele haben sich bestimmt schon gefragt, was linke Minister anders entscheiden können als die Vertreter konservativer Parteien. Die Antwort erhielten die Besucher des Forums mit Dr. Markov.

Wenn ein Finanzminister bei Amtsantritt 18 Mrd. Euro Schulden übernimmt, keine Reserven im Landeshaushalt vorfindet, ist das weder für ihn noch für die Landesregierung beruhigend. Nun schnürt die schwarzgelbe Bundesregierung noch am „Sparpaket“. Jetzt schon fallen 730 Mio. Euro pro Jahr für die Zinsen im Land Brandenburg an.

Da Dr. Markov bei genauer Berechnung im Mai davon ausgehen musste, dass ca. 160 Mio. Euro Ende 2010 fehlen könnten, erließ er haushaltswirtschaftliche Beschränkungen, also keine vollständige Haushaltssperre. 20% der Investitionen sind davon betroffen, die Umsetzung liegt in der Hand der anderen Minister. Mit

Erleichterung hörten wir, dass abgewogen wird, wo die Einschnitte erfolgen bzw. wo nicht.

Unangetastet bleiben: der neue Erzieher-Schlüssel für Kitas, die geplante Neueinstellung von Lehrern, das gerade erst beschlossene Schüler-Bafög, die Mindestlöhne bei Vergabe-Aufträgen durch die öffentliche Hand, das Musikschulgesetz, das Landessportgesetz und der Öffentliche Beschäftigungssektor. An dieser Art der Verteilung zeigt sich die soziale Seite der Entscheidung. Verschoben werden neue Bauprojekte, außer diese sind im Zukunftsinvestitionsprogramm enthalten, Es handelt sich um eine reine Vorsichtsmaßnahme.

Der kompliziertere Teil der Veranstaltung kam in der Diskussion auf den Finanzminister zu.

Unsere Kommunalpolitiker Kirsten Gurske, Erste Beigeordnete des Landkreises Teltow-Fläming, und Monika Nestler, linke Bürgermeisterin in Nuthe-Urstromtal, wollten wissen, inwiefern soziale Grundleistungen oder Leader-Projekte von der Sperre betroffen sind. Die klare Antwort lautete: Bewilligte Projekte sind nicht gesperrt, noch nicht begonnene haben Teilbeschränkungen. Auch Fragen zu Schlüsselzuweisungen des Landes nach Einwohnerzahl wurden diskutiert. Z.B. kosten Nuthe-Urstromtal 22 Feuerwehren in der Flächengemeinde mehr Geld als eine Wehr in ei-

ner Stadt. Hier sind durch das Land bereits Veränderungen vorgesehen. U.a. wird 2011 die Grunderwerbssteuer von 3,5% auf 5% steigen. Von den 37 Mio. Euro Mehreinnahmen gehen 7,4 Mio. Euro an die Kommunen.

Das „Sparpaket“ der Bundeskoalition hat natürlich in der Debatte auch eine Rolle gespielt, denn es ist so angelegt,

dass es nicht einmal durch den Bundesrat bestätigt werden muss. Die Kommunen müssen aus ihren Haushalten die fehlenden Leistungen des Bundes ersetzen (z.B. Wohngeld, Heizkosten). Dr. Markov nannte andere Sparmöglichkeiten, die nicht nur auf Kosten von Armen und Geringverdienern gegangen wären: Finanzrezeptionssteuer, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, Vermögenssteuer, Körperschaftssteuer. Die Banken werden durch die Regierung abgeschirmt. Die Politik hat mit ihren profitfreundlichen Gesetzen die Krise verursacht; zwischen 2000 und 2009 sind die Unternehmensgewinne gestiegen, die Reallöhne gesunken. Aber: Gewinne sind privat, Schulden sozialisiert.

Auch die Fragen zum Katastrophenschutz, zur Forstreform, zur Doppik und zum Zeitpunkt der Aufstellung des Landeshaushaltes beantwortete Dr. Markov. Auffallend an seinen Ausführungen: Die komplizierten Sachverhalte erklärt er verständlich für finanztechnische Laien. Er ist ein Minister für die Bürger im wahrsten Sinne des Wortes.

Wähler sollten sich innerhalb einer Wahlperiode genau merken, wer von welcher Partei ihre Interessen vertreten hat. Vor Wahlen klingen viele Versprechungen, besonders die aus dem konservativen Lager, sehr verlockend

...

*Ingrid Köbke,  
Nuthe-Urstromtal*

# Linke Politik im Landtag

## Potenziale zur Fachkräftesicherung in Brandenburg nutzen

Die gemeinsame Fachkräftestudie Berlin-Brandenburg 2010 kommt zum Ergebnis, dass Brandenburg attraktiv ist sowohl für Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Diese Aussage erzeugt eine optimistische Grundstimmung und verweist darauf, bestehende bislang nicht ausgeschöpfte Potenziale im Bereich der Fachkräftesicherung zu erschließen.

Gut ausgebildete junge Menschen verlassen Brandenburg zur Aufnahme eines Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnisses in anderen Bundesländern. Entweder fehlt es an den nachgefragten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen oder die Arbeitsbedingungen erscheinen anderswo attraktiver. Zudem ist davon auszugehen, dass viele junge Menschen nicht hinreichend über die im Land Brandenburg bestehenden guten Berufschancen informiert sind.

Ebenso wichtig ist das gezielte Ansprechen junger Menschen im Interesse der Brandenburger Wirtschaft, die verstärkte Übernahme von Eigenverantwortung Brandenburger Unternehmen zur Sicherung des betriebsinternen Fachkräftebedarfs ... . Brandenburger Unternehmen müssen aufgrund ihrer kleinbetrieblichen Struktur in ihren Bildungsplanungen/Rekrutierungsstrategien unterstützt werden.

Erfolgreiche Fachkräftesicherung in den Betrieben wird nicht zuletzt von einer erfolgreichen Nachwuchsbildung in Betrieben selbst abhängig sein. Das heißt, die Unternehmen müssen selbst verstärkt, gezielt, vorausschauend und langfristig sowohl ausbilden als auch qualifizieren. Zudem sollten Unternehmen sensibilisiert werden, gute Arbeitsbedingungen und betriebliche Karrierewege anzubieten, und in diesem Sinne mit regionalen Akteuren (Kommunen, Schulen, Hochschulen) zusammenarbeiten.

## Wirksame Schritte hin zu einem gemeinsamen deutsch-polnischen Arbeitsmarkt an Oder und Neiße

Die Osterweiterungen der Europäischen Union am 1. Mai 2004 und am 1. Januar 2007 waren wichtige Schritte hin zu einem ungeteilten Europa. Landtag und Landesregierung haben insbesondere den Beitritt der Republik Polen mit Nachdruck unterstützt.

Nach dem Beitritt Polens und anderer Länder zur Europäischen Union im Jahr 2004 wird am 1. Mai 2011 mit der vollen Freizügigkeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Estland, Lettland, Litauen, Polen, der Slowakei, Slowenien, Tschechien sowie Ungarn ein weiterer Schritt zur Integration der neuen Mitgliedstaaten in die Staatengemeinschaft greifen. Die von Deutschland für sieben Jahre genutzten Übergangsregelungen zur Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit, die so genannte 2+3+2 - Regelung, laufen aus. Arbeitgeberverbände, Wirtschaftskammern, der DGB und Vertreter der brandenburgischen Grenzstädte haben die Herstellung der vollen Arbeitnehmerfreizügigkeit schon zu einem früheren Zeitpunkt gefordert.

Angesichts der nach wie vor hohen Arbeitslosigkeit in Brandenburg ist absehbar, dass im Vorfeld des 1. Mai 2011 in der Bevölkerung Befürchtungen artikuliert werden. Bereits im Landtagswahlkampf 2004 hatten rechtsextreme Parteien und Gruppierungen versucht, vor diesem Hintergrund antieuropäische Stimmungen zu bedienen.

Landtag und Landesregierung müssen sich dieser Situation gemeinsam stellen. Die Politik muss die Ängste in der Bevölkerung ernst nehmen, zugleich aber deutlich machen, welche Chancen sich gerade für unser Land durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit ergeben und was die Landespolitik vor diesem Hintergrund



konkret tun muss.

Zu diesen Aufgaben gehört die schrittweise Schaffung einer gemeinsamen Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion Berlin-Brandenburg/Westpolen. Das Zusammenwachsen und die Nutzung der Potenziale durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit setzen gewisse Rahmenbedingungen voraus, die eine soziale und institutionelle Absicherung schaffen.

## Zukunft der Kyritz-Ruppiner Heide

Ein neues Konzept für die Nutzung ist gemeinsam mit dem Eigentümer durch die regionalen Akteure auf der Basis der bisherigen guten Vorarbeiten zu erstellen. Dabei müssen sie von der Landesregierung unterstützt und inhaltlich begleitet werden. Ziel sollte es sein, diesen Masterplan als Grundlage für die Anpassung der Regionalplanung und der kommunalen Bauleitplanungen, für die touristische Nutzung, für den Umgang mit Natur und Landschaft sowie der Planung von Standorten für erneuerbare Energien zu nutzen. Gleichfalls sollten Vorstellungen für die künftige Eigentumsituation und notwendige Konversionsmaßnahmen erarbeitet werden. Im Zuge der Erstellung des Masterplanes ist eine breite Bürgerbeteiligung zu sichern. <

Kornelia Wehlan, MdL  
Wahlkreisbüro Luckenwalde  
Zinnaer Straße 36  
14943 Luckenwalde  
Tel/Fax: 03371-406544  
E-Mail: buerolukwehlan@aol.com  
Internet: www.konni-wehlan.de



## Luxemburgbiografin zu Gast in Wünsdorf

Trotz Fußball-WM und des Spiels Deutschland gegen Australien kamen ca. 30 Gäste am 13. Juni 2010 in den Waldstadttreff nach Wünsdorf, um einen Vortrag von Annelies Laschitza zu hören. Sie erlebten eine packende Darstellung von Rosa Luxemburgs Leben und Werk.

Zu Beginn ging Annelies Laschitza kurz auf die Leichensache Luxemburg ein. Sie glaubt nicht, dass die Geschichte an diesem Punkt umge-

Sie kämpfte für einen Sozialismus, der vom Volk mitgestaltet wird, auf uneingeschränkter Freiheit und Demokratie basiert, soziale Gerechtigkeit gewährt und dauerhaften Frieden garantiert.

Annelies Laschitza ermöglichte den Gästen einen neuen Blick auf die zum Mythos erhobene Frau, beleuchtete Rosa Luxemburgs Kontakte zu namhaften europäischen Sozialdemokraten, ebenso die konfliktreichen Beziehungen zu ihren Geliebten.



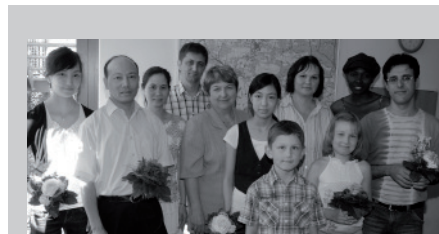
Mitglieder der Zossener LINKEN mit Annelies Laschitza *Foto: DIE LINKE. Zossen*

schrieben werden muss. Die 2009 aufgekommenen Zweifel, ob die sterblichen Überreste, die im Juni 1919 auf dem Zentralfriedhof Berlin-Friedrichsfelde beerdigt wurden, tatsächlich die von Rosa Luxemburg waren, konnten letztlich nicht bekräftigt werden. Die international anerkannte Luxemburgbiografin Annelies Laschitza beschrieb anschließend das aufreibende und konfliktreiche Leben von Rosa Luxemburg, das zu dem sehr facettenreich war.

Auch die Wissenschaftlerin Rosa Luxemburg kam nicht zu kurz.

Zuvor legten die Mitglieder der Zossener LINKEN gemeinsam mit Annelies Laschitza am 91. Jahrestag der Beisetzung einen Kranz am ehemaligen Standortlazarett in der Rosa-Luxemburg-Straße in Wünsdorf nieder und gedachten der Ermordung Rosa Luxemburgs.

*Carsten Preuss,  
Zossen*



Fünf Erwachsenen und zwei Kindern konnte die amtierende Kreistagsvorsitzende, Maritta Böttcher, im Juni die Einbürgerungsurkunden überreichen. Die Neubürger kommen aus Kenia, Vietnam, Marokko, dem Libanon und der Russischen Föderation.

Diese schöne Tradition, die Einbürgerungsurkunden und die Abnahme des Bekenntnisses zum Grundgesetz in einer Feierstunde durchzuführen, ist immer wieder für alle Beteiligten ein ergreifendes Erlebnis. -Im Landkreis Teltow-Fläming sind seit 2005 auf diese Weise 114 Menschen aus 34 Ländern eingebürgert worden. Als amtierende Vorsitzende des Kreistages hat Maritta Böttcher davon zwei Feierstunden für zwölf Bürgerinnen und Bürger vorgenommen. <

## Jeden Tag verliert Deutschland ein Dorf,

titelte der „Thai-Fokus“ einen Artikel in seiner Januarausgabe 2010. Ich wollte es nicht glauben.

Als aber auf einer Veranstaltung mit Frau Ministerin Tack die Anwesenden darüber informiert wurden, dass das Land Brandenburg in den nächsten Jahren weitere 300.000 Einwohner weniger haben wird, wurde mir die Ernsthaftigkeit bewusst.

Einen der Gründe kann man dem Artikel entnehmen. Um die Aussagen nicht zu verfälschen, werden ausgewählte Passagen wörtlich übernommen.

„Alle vier Minuten verlässt ein Deutscher sein Land, womit die Zahl der Auswanderer Dimensionen erreicht hat wie seit 120 Jahren nicht mehr. Das Durchschnittsalter der Auswanderer beträgt 32 Jahre. Es sind junge Ärzte, Ingenieure, Wissenschaftler, Facharbeiter und ehrgeizige Dienstleister. Nach Angaben der OECD verliert Deutschland besonders viele Akademiker.“

Gründe dafür sind reichlich vorhanden. Der Handwerksmeister, der in Australien nicht vom Bürokratenstaat bedrängt wird, der Arzt, der in Norwegen nicht zum Krankenhausbeamten degradiert wird, der Wissenschaftler, der in den USA bessere Forschungsbedingungen vorfindet – die Motive wechseln, aber eines eint alle: Anderswo geht es ihnen besser als daheim.

Die Situation ist ernst. Das Groteske daran ist, dass ganze Fernsehabend mit Auswandererberichten bestritten werden, z.B. „Goodbye Deutschland“. Nach einer Allensbachumfrage würde es jeder fünfte Deutsche den Fernsehvorbildern gleichtun.

Das Traurige daran ist, dass die Bundesregierung auch für dieses Problem keine befriedigende Antwort haben wird, denn die Beschäftigung mit sich selbst hat schließlich Vorrang.

*Marianne Richter,  
Luckenwalde*

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

### Auch in NRW sind Inhalte entscheidend

Es reicht nicht, wenn die Regierung wechselt. Wir wollen einen Politikwechsel. Die Inhalte müssen stimmen. Wir werden Gesetzes-Vorlagen dann zustimmen, wenn sie mit unserer Programmatik vereinbar sind. Wenn Kraft die Studiengebühren abschaffen will, kann sie mit unseren Stimmen rechnen. Wenn sie Stellen im öffentlichen Dienst abbauen will, dann werden wir im Parlament und auf der Straße protestieren. Wir haben immer gesagt, dass Rüttgers weg muss, damit der Sozialabbau von Schwarz-Gelb im Bundesrat gestoppt werden kann. DIE LINKE wird sich so verhalten, dass das möglich wird. Wir werden eine rot-grüne Minderheitsregierung daran messen, ob sie einen Politikwechsel einleitet. Eine Minderheitsregierung ist immer nur eine Übergangslösung. Auf längere Sicht braucht jede Regierung eine stabile Grundlage. Eine stabile rot-rot-grüne Koalition wäre die beste Lösung für NRW. Von der LINKEN gibt es keine Blankschecks. Wir werden die Arbeit einer rot-grünen Landesregierung genau verfolgen. Sozialabbau werden wir weder direkt noch indirekt tolerieren.

### Das ist nicht links, sondern kriminell

Die aktuelle Stunde des Deutschen Bundestages hatte in Anbetracht der Zwischenfälle bei der Demonstration als Thema „bedrohliches Anwachsen linksextremer Straftaten in Deutschland“. Halina Wawzyniak betonte in ihrer Rede klar und deutlich: „Wer Sprengsätze auf Polizisten wirft, ist kein Linker, sondern kriminell.“ Gewalt, insbesondere Gewalt gegen Personen, ist aber auch kein Mittel linker Politik. Insofern ist die Überschrift der Koalition für diese Aktuelle Stunde einfach falsch. Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung. Aber die Auseinander-

setzung mit dem Thema Gewalt sollte auch nicht als Mittel benutzt werden, um legitimen politischen Protest insgesamt zu delegitimieren. Deshalb werden wir es nicht zulassen, dass das berechtigte Anliegen mehrerer Tausend Bürgerinnen und Bürger, die in Berlin und Stuttgart protestiert haben, nun diskreditiert wird.

Es ist richtig und wichtig, dass sich Bürgerinnen und Bürger engagieren – in Vereinen, bei Volksentscheiden, Volksbegehren und auch bei Demonstrationen und Sitzblockaden. All dies ist Bestandteil einer lebendigen Demokratie und all dies soll und muss weiter durchgeführt werden. Wir als LINKE werden auch weiterhin zu Demonstrationen und Sitzblockaden aufrufen. Zu gewaltfreien Demonstrationen und Sitzblockaden. Denn wir finden, dass es Zeit ist, sich zu wehren gegen unsoziale Politik, Abbau von Bürger- und Menschenrechten und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Wir glauben an die Überzeugungskraft unserer Argumente und deshalb sind für DIE LINKE Protest und ziviler Ungehorsam legitime und nötige Mittel der politischen Auseinandersetzung. Gewalt ist es nicht.

### Die Linken können feiern

Am zweiten Juni-Wochenende feierten rund 15.000 Menschen mit dem ND, der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Partei DIE LINKE in der Kulturbrauerei zum dritten Mal das „Fest der Linken“. Das bunte Programm machte die Auswahl schwer und bot für jeden Geschmack etwas: Politik-Diskussionen, Tanz und Musik, Literatur, das „Global Village“ und Programme für die Kleinen.

Auch LINKE-Bundespräsidentschaftskandidatin Luc Jochimsen griff in die Diskussion ein. Sie vertrete drei Kernthemen – sie möchte für eine friedlichere Gesellschaft eintreten, verstehe sich als Schirmherrin der Schwachen, weil diese momentan wirklich Unterstützung brauchten



und möchte die Vereinigung von Ost und West voranbringen.

Unbestrittener Höhepunkt war das Wiedersehen mit dem Ehrengast Angela Davis. Es wurde im Innenhof der Kulturbrauerei still, als die US-Bürgerrechtlerin die Bühne betrat. „Die meisten in meinem Alter oder etwas jünger haben schon einmal eine Postkarte an sie geschrieben“, begann Gregor Gysi das Gespräch. Damit erinnerte er an die ungewöhnliche Solidaritätskampagne „Eine Million Rosen für Angela“. Damals schickten Hunderttausende DDR-Schulkinder Postkarten an die Kommunistin Angela Davis, die wegen einer fingierten Mordanklage im Gefängnis saß. Diese ausdrucksstarke und emotionale Aktion der Solidarität habe dazu beigetragen, dass sie freigekommen sei, sagte sie bewegt.

Gysi verabschiedet sich mit den Worten: „Du bist eine taffe, tapfere, kluge und schöne, eine wundervolle Frau.“ <

Nachdem die Nachlese zum 5. JüterRock abklingt und die Vorbereitungen für das nächste Jahr beginnen, möchte ich unbedingt einen Dank an die Sponsoren richten, ohne die das Fest nicht zustande käme: Manfred Neumann, der uns alles transportiert – egal woher –, Druckservice Gorisek, die für ein gutes Outfit sorgen, Bernd Dieske, Flämingbau, sorgte für die Einzäunung, Fa. Koplin, die den Platz oft sauberer macht, als er war, Fleischer Mario Belz, der nicht nur die Crew bestens versorgt, Mario Felgentreu, der mit einer Geldspende von Beginn an unterstützt.

Allen ein ganz dickes Dankeschön!!!

Maritta Böttcher

Vorsitzende DIE LINKE.

Regionalverband TF Süd

## Gesundheitsvorsorge im Land

Zu diesem Thema hat der DGB-Kreisverband TF zur Diskussion mit der Brandenburger Gesundheitsministerin, Frau Anita Tack, am 15. Juni ins Kreishaus eingeladen. Herr Michael Maurer, als Vorsitzender des DGB-Kreisverbands TF übernahm die Moderation.

Frau Tack, die ja auch für Umwelt- und Verbraucherschutz zuständig ist, formulierte die Ziele ihrer Arbeit: Daseinsfürsorge für alle Bürgerinnen und Bürger, eine gute Lebensqualität, auch für Einkommensschwache, eine gesunde Umwelt als Voraussetzung für gesunde Menschen.

An der praktischen Umsetzung dieser Ziele arbeitet die rot-rote Landesregierung intensiv. Die bürgerfeindliche Politik der schwarz-gelben Bundesregierung und die Folgen der Krise wirken dabei kontraproduktiv.

Die bürgernahe medizinische Versorgung der Menschen ist eine vorrangige, aber schwer lösbare Aufgabe. Es fehlen Haus- und Fachärzte, besonders in ländlichen Regionen. Trotz großzügiger finanzieller Starthilfe konnten diese Probleme bisher nicht gelöst werden. Zwischenlösungen sind angedacht: Es könnten Arztpraxen in mehreren Gemeinden eingerichtet werden, die reihum von einem Arzt betreut werden; Gemeindegewerkschaften in enger Vernetzung mit den Sozialstationen als Bindeglied zwischen Arzt und Patient; bestehende Vereinbarungen mit der Charité könnten neu belebt werden, um medizinischen Nachwuchs für Brandenburg auszubilden. Die Ministerin bat alle, auch ihre Ideen einzubringen.

Die Fragen der Anwesenden machten das große Interesse der Bürger und die Aktualität der Probleme deutlich.

*Frage: So manche Untersuchungen*

*können vom Patienten nicht nachvollzogen werden. Warum keine Rechnungen? Warum werden Kinder- und Entbindungsstationen geschlossen?*

*Antwort:* Die Kassenärztliche Vereinigung bestimmt diese Regeln und klare Rechnungen sind bisher politisch nicht gewollt. Die rückläufige Bevölkerungsentwicklung auf dem Land bedingt solche Schließungen. In Zentren wie Potsdam ist das völlig anders. Dafür müssen in ländlichen Gebieten Pflegeeinrichtungen entstehen.

*Frage: Das Jüterbogger Krankenhaus*



*wird weiter verkleinert, weil unterfinanziert. Private Krankenhäuser müssen sich doch auch rechnen. Wie soll die medizinische Versorgung der Bevölkerung gewährleistet werden?*

*Antwort:* Die Bevölkerungsdichte in der BRD wird weiterhin geringer, auch in Brandenburg. Die Bundesregierung gibt die Gesetze vor. Die Landesregierung kann nur die Bedarfsplanung machen. Die muss in Brandenburg aber durch Veränderungen in den Kreisen immer kleinteiliger werden. Dazu berät Frau Tack mit den vorhandenen Krankenhäusern die Bedarfsplanung und deren Gestaltung. Die Rettungsdienste sind gut ausgebaut und sollten auch entsprechend genutzt werden. Der Privatisierungstrend ist gestoppt worden.

*Frage: Unternehmen machen durch*

*Leistungsdruck die Gesundheit der Arbeitnehmer kaputt. Was wird dagegen getan?*

*Antwort:* Betriebsärzte gibt es nur in wenigen großen Unternehmen. Wir versuchen Einfluss zu nehmen, können aber nicht regeln. Da bleibt nur noch Vorsorge und öffentlicher Gesundheitsdienst, aber sie müssen genutzt werden. Selbst Impfungen sind Privatsache.

*Frage: Gesundheitskosten steigen immer weiter. Dieses Jahr acht Euro Zuzahlung, nächstes Jahr noch mehr. Welche Möglichkeiten hat Brandenburg um gegenzusteuern?*

*Antwort:* Die Gesetze dazu kommen von der Bundesregierung.

Die Kopfpauschale ist, auch mit Hilfe von CDU-regierten Ländern, vorerst gestoppt worden, aber die Zusatzfinanzierung wird wohl, mit Sozialausgleich, kommen. Wir sind dagegen aufgetreten. Gesundheitskosten sollten solidarisch von allen für alle aufgebracht werden. Dagegen hilft nur anders wählen. Aber auch Petitionen an den Bundestag und Demos gegen bürgerfeindliche Politik können hilfreich sein. Die Bürger müssen aktiv werden, um ihre Rechte zu wahren. Damit werden auch die Einflüsse der Lobbyisten geringer.

*Frage: Ist es wahr, dass wir zu oft zum Arzt gehen?*

*Antwort:* Da wird auch jede Laboruntersuchung gezählt. Lieber einmal mehr zum Arzt gehen als zu spät, rät die Ministerin. Nach fast zwei Stunden beschließt Michael Maurer die Fragestunde und bittet alle um Unterstützung der Ministerin und aller bürgernahen Abgeordneten.

*Rainer Weigt, Klein Schulzendorf*



## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



### Armut bekämpfen statt nur verwalten

Die Politik der vergangenen Jahre war keine Politik gegen Kinderarmut, sondern eine, die die Kluft zwischen armen und reichen Familien in Deutschland nur noch vertieft hat. Vom 1. Brandenburger Sozialgipfel der Landesarmutskonferenz Brandenburg in Potsdam Mitte Juni ging ein klares Signal aus: Gerade Kinder, insbesondere Kinder von Alleinerziehenden, tragen schwer an den Folgen von Armut.

Die bisherigen Hartz-IV-Regelsätze für Kinder sind Armutssätze. Kinder werden ausgegrenzt, da sie aufgrund der viel zu niedrigen Regelsätze nicht

an Sport-, Musik- oder anderen Freizeitaktivitäten teilnehmen können. Ausgewogene Ernährung, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe sind darin nicht vorgesehen. Diese Benachteiligung von Kindern und Jugendlichen muss umgehend korrigiert werden. DIE LINKE fordert seit Langem eine Anhebung des Kinderzuschlags, des Kindergelds und des Wohngelds. Dies könnte verhindern, dass erwerbstätige Eltern wegen der Versorgung ihrer Kinder bedürftig werden. Zugleich müssen die Kinderregelsätze am realen Bedarf von Kindern ausgerichtet werden. In einem ersten Schritt würde dies bedeuten, dass Kinder unter sechs Jahren auf

276 Euro, Unter-14-Jährige auf 332 Euro und Unter-18-Jährige auf 358 Euro Sozialgeld Anspruch haben. Ziel muss aber bleiben, eine eigenständige Kindergrundsicherung zu schaffen, die den Bedarf von Kindern deckt! Die Bundesregierung muss endlich anfangen, Politik für alle Familien zu machen, und mit ihrer Klientelpolitik der Steuergeschenke und Besserstellung der Gutverdienenden aufhören. <

## Stipendien des Parlamentarischen Patenschafts-Programms

Der Bundestag vergibt im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms (PPP) im nächsten Programmjahr 2011/2012 voraussichtlich 360 Stipendien für ein Austauschjahr in den USA.

Dieses gemeinsame Programm von Bundestag und Amerikanischem Kongress besteht bereits seit mehr als 25 Jahren. Die Bundestagsabgeordnete Diana Golze ruft junge Schülerinnen, Schüler sowie junge Berufstätige aus Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, der Stadt Brandenburg an der Havel und aus dem Havelland zur Bewerbung auf.

Die Mitglieder des Bundestages nominieren die PPP-Stipendiaten und

übernehmen für sie eine Patenschaft. Im Dezember 2010 entscheidet sich, welches Mitglied des Bundestages in einem Wahlkreis parlamentarischer Pate wird. In den 299 Bundestagswahlkreisen stehen etwa 75 Stipendien für Berufstätige und 285 Stipendien für Schüler zur Verfügung.

Es kann also nicht in jedem Wahlkreis ein Schüler-Stipendium vergeben werden, entscheidend ist die jeweilige Bewerberlage. Auch kann erst nach Abschluss des Auswahlverfahrens festgelegt werden, in welchem Wahlkreis kein Schülerstipendium vergeben wird. Schülerinnen und Schüler müssen zum Zeitpunkt der Einreise in die USA (31. Juli 2011)

mindestens 15 und dürfen höchstens 17 Jahre alt sein. Junge Berufstätige müssen bis zur Einreise in die USA (31. Juli 2011) ihre Berufsausbildung abgeschlossen haben und dürfen zu diesem Zeitpunkt höchstens 24 Jahre alt sein.

Die Bewerbung für ein PPP-Stipendium ist seit Anfang Mai 2010 mit einer Bewerbungskarte möglich. Diese muss bis spätestens 3. September 2010 bei der für den Wahlkreis zuständigen Austauschorganisation eingegangen sein.

Bewerbungskarten und weitere Informationen stellt der Bundestag im Internet unter [www.bundestag.de/ppp](http://www.bundestag.de/ppp) zur Verfügung. <

## Auflösung Bilderrätsel



Zu sehen ist hier das Bauernmuseum in Blankensee. Erstmals urkundlich erwähnt wurde der Ort am 18. Oktober 1307. Das Bauernmuseum ist das älteste Wohnhaus der Gemeinde, erbaut im Jahr 1649. Die Rekonstruktion des märkischen Mittelflurhauses vom Typ eines Wohn-Scheune-Stall-Gebäudes wurde 1981 abgeschlossen. Besonders interessant ist die „schwarze Küche“.

Märkische Tradition und Brauchtum werden beispielsweise bei der alljährlichen Roggenernte und dem dann folgenden Museumsfest sorgsam gepflegt. Mit ihren vorzeigefähigen Sanierungsergebnissen und kulturellen Leistungen hat die Gemeinde bei den Dorferneuerungswettbewerben, vom Kreis- bis zum europäischen Wettbewerb, mehrmals Spitzenplatzierungen erreicht. <



# Minister unterwegs in Teltow-Fläming

Landkreis und Kommunen präsentieren Finanzminister Markov gemeinsames Nutzungskonzept für Militärliegenschaft Kummersdorf-Gut



Finanzminister Helmuth Markov informiert sich über Besonderheiten der Liegenschaft Kummersdorf

Foto: C. Preuß

Finanzminister Dr. Helmuth Markov (DIE LINKE) besuchte im Juni auf Einladung der Landtagsabgeordneten Kornelia Wehlan (DIE LINKE) die ehemalige Militärliegenschaft Kummersdorf. An dem Termin nahmen auch die Vertreter der Projektgruppe „Dokumentations- und Forschungszentrum Kummersdorf-Gut (DFK)“ teil. Begrüßt wurden die Gäste durch die stellvertretende Landrätin Kirsten Gurske (DIE LINKE).

Zweieinhalb Stunden reichen eigentlich nicht, um sich ein Bild von der Vielfältigkeit des 3.500 ha großen Geländes zu machen. Dennoch haben die Mitglieder des Fördervereins Historisch-Technisches Museum - Versuchsstelle Kummersdorf e.V. ein Besuchsprogramm zusammengestellt, das den Minister beeindruckt hat. Schließlich handelt es sich bei der Liegenschaft Kummersdorf auch nicht um einen der vielen typischen Truppenübungsplätze in Brandenburg, sondern um ein Technologiezentrum und um die wahrscheinlich vielfältigste Militärtechnik-Erprobungsstelle der Welt.

Susanne Köstering, Geschäftsführerin des Museumsverband Brandenburg e.V. und zugleich Leiterin der Projektgruppe DFK, stellte die Projektgruppe vor und berichtete

über den Stand der Erarbeitung eines kommunalen Gesamtkonzeptes für die Nachnutzung der Liegenschaft. Schwerpunkt ist die Entwicklung eines Museumsparks, der die Auseinandersetzung mit Krieg, seiner Vorbereitung und seinen Folgen in Ausstellungen und vor allem Geländeführungen vermitteln soll.

Erstes Ziel der Rundfahrt war das sogenannte „Vereinigte Panzer- und Gewölbeziel“. Es wurde von 1884 bis 1887 errichtet und in wenigen Tagen mit 152 Granaten in Schutt und Asche gelegt. Dadurch lernten die kaiserlich-preußischen Militärs, wie man Festungen stabil baut und wie man sie am besten erobert und zerstört. Für Martin Schnittler vom Förderverein Historisch-Technisches Museum - Versuchsstelle Kummersdorf e. V. ist es das beeindruckendste Bauensemble auf dem Gelände. Es steht gemeinsam mit insgesamt 160 Bauwerken der Heeresversuchsstelle Kummersdorf unter Denkmalschutz.

Zweites Ziel waren die Raketenprüfstände, wo unter anderem Werner von Braun ab 1930/32 die ersten Flüssigkeitsraketen der Welt entwickelte und testete. Die Heeresversuchsanstalt Kummersdorf kann mithin als Geburtsstätte der modernen Raumfahrt bezeichnet werden.

Während der Rundreise betonten die beiden Bürgermeister, Frank Broshog (parteilos) von der Gemeinde Am Mellensee und Monika Nestler (DIE LINKE) von der Gemeinde Nuthe-Urstromtal das Interesse an einer touristischen Nachnutzung. Schließlich ist die Heeresversuchsanstalt Kummersdorf mit 2.100 ha das größte Denkmal Brandenburgs und das einzige, das zugleich Boden-, Bau- und technisches Denkmal ist. Es besitzt das Potenzial einer Welt-erbestätte nach den Richtlinien der UNESCO.

Daneben sind fast 700 Hektar der Liegenschaft ein Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Gebiet und damit Bestandteil eines Netzes europäischer Schutzgebiete. „Die Kummersdorfer Heide und der Breite Steinbusch stellen im zersiedelten Europa eine unverzichtbare Reserve für die Entwicklung und den Erhalt naturnaher Ökosysteme dar“, so Dr. Manfred Fechner, Leiter des Umweltamtes des Landkreises Teltow-Fläming. Frau Dr. Rita Mohr de Pérez, Leiterin der Unteren Denkmalschutzbehörde, machte darauf aufmerksam, dass es hier gelungen ist, die Interessen des Naturschutzes und des Denkmalschutzes aufeinander abzustimmen.

Fortsetzung auf Seite 10

Fortsetzung von Seite 9

Angesprochen wurde – wie nicht anders zu erwarten – auch das Thema Finanzierung.

Das Museumsprojekt soll sich, so Frau Dr. Köstering, nicht allein durch Einnahmen von Besuchern finanzieren. Auch aus der Nutzung der Liegenschaftsfläche, z. B. durch die Verpachtung von Flächen für Solaranlagen, können Einnahmen realisiert werden. Carsten Preuß vom BUND Brandenburg und Mitglied im Kummersdorfer Förderverein erinnerte an den Konsensbeschluss aus dem Jahre 1996 zum Flughafen Berlin Brandenburg International. Darin hatte sich der Bund verpflichtet, sich an den Kosten für die Nachnutzung angemessen zu beteiligen.

Helmuth Markov berichtete daraufhin über den Stand der Verhandlungen mit dem Bund zur Übertragung der Liegenschaft auf das Land. Neben den besonders belasteten Flächen, die beim Bund verbleiben sollen, wird sich der Bund auch an der Finanzierung der Altlastensanierung beteiligen. „Allerdings sind wir uns mit dem Bund noch nicht darüber einig, was angemessen ist“, so Markov. Allerdings sicherte er zu, dass die Mittel, die der Bund bereitstellen wird, auch in die Liegenschaft Kummersdorf investiert werden sollen.

Hinsichtlich des geplanten Museumsparks konnte der Finanzminister keine Zusagen machen. Er begrüßte die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes durch die Projektgruppe. Wichtig sei, dass hierzu auch ein Finanzierungskonzept erarbeitet werden muss. „Wenn sich aus dem Finanzierungskonzept ergibt, dass sich zumindest mittelfristig der Museumspark allein trägt, ist vieles möglich“, so der Minister zum Abschied.

*Carsten Preuß, Zossen*

**DIE LINKE.**  
Kreisverband Teltow Fläming

## Besuch im Bundestag

Am 6. Juni 2010 machten wir, 19 Genossen und Sympathisanten der Basisgruppe Am Mellensee und der Stadt Zossen, uns bei schönstem Sommerwetter teils mit dem Auto und teils mit der Bahn auf den Weg in die Hauptstadt.

Carsten Preuß hatte eine Führung durch den Reichstag und ein Treffen mit der 1. Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Frau Dr. Dagmar Enkelmann, organisiert.

Pünktlich um 15 Uhr begann eine neunzigminütige lehrreiche Führung durch den Reichstag.

Die Führung endete im Sitzungssaal des Bundestages.

Gegen 16.30 Uhr erwartete uns Genossin Enkelmann zu einem Gesprächsaustausch. Zuerst erhielten wir sehr anschauliche Einblicke in das Tätigkeits- und Aufgabengebiet eines Bundestagsabgeordneten und der Fraktionsarbeit im Parlament.

Anschließend ging es in die Diskussion zu aktuellen politischen Themen, unter anderem zu den unrühmlichen Hartz-IV-Gesetzen und ihren Auswirkungen und der Finanzkrise, die immer noch andauert und deren Ende noch nicht erkennbar ist. Alle gestellten Fragen wurden umfassend und



Die Besuchergruppe im Plenarsaal

*Foto: DIE LINKE. Zossen*

Wir wurden mit der wechselhaften Geschichte des Reichstagsgebäudes seit seiner Fertigstellung im Jahre 1894 bis zum Einzug des Bundestages 1999 vertraut gemacht.

Wir konnten uns den interessanten und bildlichen Ausführungen des durch die Räumlichkeiten des Reichstages führenden Mitarbeiters nicht entziehen, vieles, was wir aus der Geschichte bereits wussten, wurde aufgefrischt und ergänzt. So konnten wir uns vor Ort anhand der Ausstellungen ein Bild über die Parlamentsarbeit in den geschichtlichen Epochen von der Kaiserzeit über die Weimarer Republik und der Zeit des Faschismus bis zum Einzug des Bundestages des vereinigten Deutschlands in das neu hergerichtete Reichstagsgebäude machen.

eindeutig von Dr. Dagmar Enkelmann beantwortet.

Am Ende unseres einstündigen Zusammentreffens bestand die Möglichkeit für das eine oder andere Foto mit unserer Bundestagsabgeordneten, bei der wir uns dann auch herzlich bedankten.

Den Abschluss unserer Exkursion bildete der Aufstieg zur Reichstagskuppel. Der Panoramablick auf die Stadt Berlin war einmalig und beeindruckend.

Wir werden diesen Ausflug in die Hauptstadt, die Führung durch den Reichstag und das Treffen mit der Genossin Dagmar Enkelmann lange in Erinnerung behalten.

*Klaus Wendt,  
Am Mellensee*

## LeseRatte

Zufällig blätterte ich einmal wieder in dem bereits 1999 in 3. Auflage im Eulenspiegel Verlag erschienenen Buch von Peter Ensikat „Hat es die DDR wirklich gegeben?“

Schon das erste Kapitel „Wieviel Geschichte braucht der Mensch?“ geriet mir zum Anstoß, nachzudenken über Berichte von Zeitzeugen, die über ihre Erlebnisse in Internaten und Jugendwerkhöfen erzählten. En-



sikat schreibt, dass Geschichte „eben nicht zu den exakten Wissenschaften gehört, sondern zu den schönen Verhüllungskünsten“. Und weiter: „... der Stärkere gibt nachträglich an, was früher gewesen ist – egal, ob er dabei war oder nicht. Denn Sieger schreiben zu jeder Zeit, besonders aber in neuen Zeiten die Geschichte“.

Nicht nur Sieger – auch solche, die sich auf deren Seite schlagen (nicht zuletzt aus finanziellen Gründen) und ihre eigenen Erlebnisse den Erwartungen eben dieser Sieger anpassen.

Mich hat der Artikel im ND über Vorkommnisse in DDR-Internaten maßlos empört. Und nicht nur mich, wie zahllose Leserzuschriften bekundeten. Es waren so viele, dass das ND diese Flut glaubte stoppen zu müssen. Der abschließende Artikel war auch nicht dazu angetan, die Menschen, die in Internaten und Jugendwerkhöfen gelebt haben, zu beruhigen. Sicher gab es Missstände und Ungereimtheiten, aber niemals so kompakt (Als ehemaliger Student und späterer Schulinspektor hatte ich

## *Herzliche Glückwünsche* senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Friedlinde Langklotz in Blankenfelde zum 72. Geburtstag am 16.07.  
Irmgard Atlas in Jüterbog zum 78. Geburtstag am 17.07.  
Helmut Günther in Ludwigsfelde zum 81. Geburtstag am 17.07.  
Willi Siemen in Jüterbog zum 84. Geburtstag am 21.07.  
Margot Raube in Ludwigsfelde zum 81. Geburtstag am 24.07.  
Günter Zernick in Am Mellensee zum 73. Geburtstag 25.07.  
Siegfried Gutjahr in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 27.07.  
Ilse Siegnoht in Mahlow zum 82. Geburtstag am 30.07.  
Kurt Mühlsteph in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 31.07.  
Gertrud Kalkofen in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 01.08.  
Kurt Preibisch in Ludwigsfelde zum 86. Geburtstag am 04.08.  
Dr. Ingrid Drechsel in Siethen zum 73. Geburtstag am 06.08.  
Heinz Krumpach in Mahlow zum 78. Geburtstag am 06.08.  
Herbert Herrmann in Markendorf zum 77. Geburtstag am 07.08.  
Elfriede Neumann in Luckenwalde zum 83. Geburtstag 07.08.  
Annemarie Kliemank in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 07.08.  
Fritz Huschke in Nuthe-Urstromtal zum 89. Geburtstag am 08.08.

**Gertrud Popp in Mahlow zum 80. Geburtstag am 14.07.**  
**Waldemar Lehmann in Rangsdorf zum 85. Geburtstag am 20.07.**  
**Ilse Berno in Dahme/Mark zum 80. Geburtstag am 26.07.**  
**Margarete Rusicke in Mahlow zum 85. Geburtstag am 31.07.**  
**Fritz Heise in Mahlow zum 80. Geburtstag am 01.08.**  
**Jürgen Lunkwitz in Luckenwalde zum 50. Geburtstag am 03.08.**  
**Harald Luedecke in Jüterbog zum 75. Geburtstag am 07.08.**  
**Helga Heilbrunn in Ludwigsfelde zum 80. Geburtstag am 10.08.**  
**Inge Scholz in Jüterbog zum 75. Geburtstag am 10.08.**

einen kleinen Einblick in derartige Einrichtungen.). Es kann doch kein Zufall sein, dass nach den Enthüllungen über sexuellen Missbrauch in kirchlichen Einrichtungen über unsere Einrichtungen hergezogen wurde.

Ein guter Bekannter von mir war Professor für Sozialpädagogik an der Humboldt-Universität und demzufolge (Bei uns wurde ja die Verbindung zur Praxis sehr ernst genommen.) mit Einrichtungen der Jugendhilfe bestens vertraut. Er steht noch mit vielen Zöglingen in Kontakt. Nicht wenige zählen die Jahre, die sie in Heimen verbracht haben, zu ihren schönsten und erlebnisreichsten. Aber sie schweigen oder werden nicht veröffentlicht.

In unserem Staat kann man für Geld alles haben und Verleumdungen werden im Sinne der Sieger gut bezahlt.

Zurück zu Ensikat. Ihm kommt der Vorwurf oft zu Ohren, „wir im Osten hätten nach vierzig Jahren Diktatur verlernt, den Wert der Freiheit zu ermessen, hielten so etwas Untergeordnetes wie soziale Sicherheit für ebenso wichtig“.

Ensikat (und auch wir alle) kennen Arbeitslose, die mit ihrer neuen Freiheit so wenig anfangen können, dass sie sie sogar zurückgäben, bekämen sie dafür ihre alte Arbeit.

Auch das ist Wahrheit, nämlich unsere.

*Renate Klettke, Ludwigsfelde*



# Familienfest 2010

## Ein Rückblick



Interessiert verfolgten die Gäste das Programm auf und vor der Bühne



... kleine Ruhlsdorfer Tänzer



... die Woltersdorfer Pflastertreter

## Termine

**12.07.10 18.00 Uhr**  
Forum mit Dr. Dagmar Enkelmann  
und Dr. Kirsten Tackmann  
Kreishaus Luckenwalde

**26.07.10 19.00 Uhr**  
Kreissvorstand  
Geschäftsstelle Luckenwalde

### Prominente ...

Heinz Vietze,  
Konni Wehlan,  
Lothar Bisky -  
Sie durften auf dem 20. Familienfest  
keinesfalls fehlen.



Unsere Erste  
Beigeordnete,  
Kirsten Gurske,  
war mit viel  
Freude dabei.



### Akteure ...

Eininge der fleißigen Akteure an  
der Tombola und am reich gefüllten  
Kuchenstand.

Ob die Kuchen  
gerecht ha-  
ben?



Die Teltow-Fläminger „politische Kreis-  
prominenz“, Landrat Peer Giesecke,  
Fraktionsvorsitzender, Jürgen Akuloff  
und die amtierende Kreistagsvorsitzen-  
de, Maritta Böttcher



Die Nelke gehört dazu! Der Bürgermeister  
von Ludwigsfelde, Frank Gerhard (SPD),  
beim Politfrühschoppen der LINKEN

### IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,  
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653  
Spendenkonto: 363 302 7415,  
BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam  
Redaktionsschluss: 16.06. 2010, der nächsten Ausgabe: **05. Juli 2010**  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers  
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.  
Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,  
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

In tiefer Trauer gedenken wir  
unseres langjährigen Genossen  
**Günther Dietze,**  
der uns für immer verlassen hat

DIE LINKE.  
Kreisverband  
Teltow-Fläming

DIE LINKE.  
Stadtverband  
Ludwigsfelde